



## Wortprotokoll der 30. Sitzung

### Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 16. Oktober 2019, 17:30 Uhr  
Paul-Löbe-Haus  
E.700

Vorsitz: Dr. Andreas Lenz, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### Einzigiger Tagesordnungspunkt Seite 4

Fachgespräch zur Nachbereitung des **High-level Political Forums on Sustainable Development vom 9. bis 18. Juli 2019** sowie des **UN-Nachhaltigkeitsgipfels auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 24./25. September 2019**

mit der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit,

**Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB,**

der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,

**Dr. Maria Flachsbarth, MdB,**



sowie den Jugenddelegierten für Nachhaltige  
Entwicklung,  
**Rebecca Freitag** und **Felix Kaminski**



### Mitglieder des Beirates

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Benning, Sybille Damerow, Astrid Lenz, Dr. Andreas Marschall, Matern von Stein (Rostock), Peter Whittaker, Kai	Beermann, Maik Färber, Hermann Kruse, Rüdiger Pilsinger, Stephan Pols, Eckhard Weiler, Albert H.
SPD	Scheer, Dr. Nina Thews, Michael Westphal, Bernd	De Ridder, Dr. Daniela Klare, Arno Schäfer (Bochum), Axel
AfD	Kraft, Dr. Rainer Spaniel, Dr. Dirk	Glaser, Albrecht Wiehle, Wolfgang
FDP	Köhler, Dr. Lukas Neumann, Dr. Martin	Bauer, Nicole Kluckert, Daniela
DIE LINKE.	Lutze, Thomas Schreiber, Eva-Maria	Leidig, Sabine Remmers, Ingrid
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Hoffmann, Dr. Bettina Zickenheiner, Gerhard	Kekeritz, Uwe Strengmann-Kuhn, Dr. Wolfgang



### **Einziger Tagesordnungspunkt**

**Fachgespräch zur Nachbereitung des High-level Political Forum on Sustainable Development vom 9. bis 18. Juli 2019 sowie des UN-Nachhaltigkeitsgipfels auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 24./25. September 2019 mit der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB, der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Maria Flachsbarth, MdB, sowie den Jugenddelegierten für Nachhaltige Entwicklung, Rebecca Freitag und Felix Kaminski**

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):** Ich eröffne die 30. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Öffentliches Fachgespräch zur Nachbereitung des High-level Political Forums on Sustainable Development (HLPF) vom 9. bis 18. Juli 2019 sowie des UN-Nachhaltigkeitsgipfels auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 24./25. September 2019“.

Das HLPF ist das Forum der Vereinten Nationen, das jährlich an je acht Tagen überprüft, ob und wie die SDGs in den einzelnen Ländern erreicht werden. Es ist der zentrale Ort für die Weiterverfolgung und Überprüfung der Transformationsziele. Hier werden die Umsetzung der Agenda 2030 und der Ziele für nachhaltige Entwicklung überprüft, dargestellt, diskutiert. Bei dem alle vier Jahre stattfindenden UN-Nachhaltigkeitsgipfel auf Ebene der Staats- und Regierungschefs war auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel vor Ort. Dort waren im September 2019 eine globale Bestandsaufnahme der Agenda 2030-Umsetzung, u.a. auf Basis des ersten Global Sustainable Development Reports (GSDR), sowie die Überprüfung des HLPF-Formats vorgesehen.

An den Ergebnissen dieser beiden Gipfel ist auch der Nachhaltigkeitsbeirat naturgemäß besonders interessiert. Ich freue mich deshalb, dass wir heute sozusagen aus erster Hand die Informationen darüber hören werden. Wir haben heute zwei Gäste als Vertreter der Bundesregierung zugegen. Das ist zum einen Frau Rita Schwarzelühr-Sutter vom BMU. Herzlich Willkommen. Wir haben dann auch eine zweite Staatssekretärin, Frau Dr.

Maria Flachsbarth, die das BMZ vertritt.

Ich freue mich weiterhin, heute auch erstmals die beiden Jugenddelegierten für Nachhaltige Entwicklung im Beirat zu haben, nämlich Rebecca Freitag und Felix Kaminski. Herzlich Willkommen bei uns im Beirat.

Nicht unerwähnt möchte ich natürlich lassen, dass wir auch eine Delegation aus dem Deutschen Bundestag in New York mit dabei hatten. Da waren vertreten Dr. Nina Scheer, Dr. Rainer Kraft, Gerhard Zickenheiner und meine Wenigkeit. Ich möchte mich auch bei den Ministerien für die Organisation und für die Betreuung in diesem Zusammenhang noch mal bedanken. Ich glaube auch, dass wir hier die Wichtigkeit, die Deutschland dem Thema beimisst, noch mal entsprechend unterstreichen konnten.

Ich möchte vom BMU auch Herrn Clemens Helbach begrüßen. Er ist dort Referent im Referat „Vereinte Nationen, 2030-Agenda; Entwicklungs- und Schwellenländer“. Vom BMZ begrüße ich Herrn Gottfried von Gemmingen, der das Pendant im BMZ leitet. Herzlich Willkommen bei uns. Außerdem begrüße ich Herrn Dr. Bauernfeind – den begrüße ich noch nicht. Er kommt aber sicher. Herrn Bachmann vom RNE begrüße ich auch ganz herzlich und natürlich alle anderen Teilnehmer.

Bevor wir gleich inhaltlich in das Gespräch einsteigen noch einige organisatorische Hinweise: Es ist so, dass wir heute ein öffentliches Fachgespräch durchführen, das live im Parlamentsfernsehen übertragen wird und live unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) zu sehen ist – auch in der Bundestags-App. Es wird außerdem ein Wortprotokoll erstellt, und zu diesem Zweck wird die Sitzung entsprechend mitgeschnitten.

Wir haben vorgesehen, dass die Staatssekretärinnen mit ihren Eingangsstatements beginnen und dann anschließend die Jugenddelegierten noch ihre Meinung oder ihre Beurteilung des HLPF darstellen. Dazu vorgesehen sind ca. fünf Minuten in den Eingangsstatements. Gut, wenn es sechs Minuten sind, dann sind wir jetzt auch mal nicht ganz so streng, aber wir haben natürlich ein zeitliches Konstrukt. Wir wollen dann in die Fragerunden übergehen und spätestens um 18:45 Uhr die Runde schließen. Aber ich habe schon gehört, dass die Staatssekretärin Schwarzelühr-Sutter um



18:30 Uhr gehen muss. Also wenn wir früher fertig werden, dann sind wir auch nicht beleidigt. Insofern möchten wir jetzt aber beginnen und die Zeit auch nutzen. Ich übergebe das Wort der Parlamentarischen Staatssekretärin Schwarzelühr-Sutter für ihr Eingangsstatement.

**Rita Schwarzelühr-Sutter** (Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit): Vielen Dank, Herr Lenz. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Es war ein ereignisreiches Jahr, was die Nachhaltigkeit auf UN-Ebene angeht, aber natürlich auch bei uns. Wie Sie wissen, gibt es bei jedem HLPF die Berichte der Länder. Dieses Jahr haben 47 Mitgliedsstaaten einen Voluntary National Review präsentiert. Das zeigt einfach auch noch mal, wie breit die Akzeptanz der 2030-Agenda seit der Verabschiedung ist und zeigt auch den Willen, gemeinsam zu handeln. Deutschland hat bereits 2016 berichtet und der nächste Bericht folgt 2021.

Die deutsche Delegation bestand auch dieses Jahr wieder aus Vertreterinnen und Vertretern aller gesellschaftlichen Gruppen, natürlich Regierungsvertretern, und auch des Bundestages. Da habe ich mich sehr gefreut, und ich will es einfach auch schon an dieser Stelle sagen: Die Jugenddelegierten, die gehören einfach mit dazu und wir unterstützen das vom BMU auch sehr. Mit dabei waren auch – und das ist uns wichtig – der Chef der Senatskanzlei der Freien Hansestadt Hamburg sowie die Oberbürgermeister von Dortmund, Ullrich Sierau, und von Mannheim, Dr. Peter Kurz. Es ist auch deshalb sehr wichtig, dass wir die Kommunen mit einbeziehen, weil 70 Prozent der SDG-Umsetzung sich auf der lokalen Ebene abspielt. Deswegen ist das von großer Bedeutung. Da ist sicherlich auch noch mal wichtig, dass von dieser globalen Ebene über die regionalen, die nationalen bis hin auf die lokalen Ebenen das deutlich intensiviert wird. Da ist noch Potenzial da. Ich freue mich – wie gesagt –, dass wir mit der Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern der Bundesländer und der Kommunen am HLPF auch bei der Berichterstattung jetzt vorwärts gekommen sind und in diesem Jahr zwei Regionen bzw. Bundesstaaten sowie sechs Städte – darunter New York, Helsinki und die Stadt Mannheim – ihre Voluntary local Reviews präsentiert haben.

Wir haben im BMU, das will ich kurz so am

Rande bemerken, gerade mit den Städten auch international ein gutes Netzwerk. Wir hatten im Mai dieses Jahres in Heidelberg die sogenannte „ICCA“, die internationale kommunale Klimakonferenz. Das ist ein gutes Netzwerk, mit dem man dann auch arbeiten kann bei der Umsetzung der SDG-Ziele. Natürlich brauchen wir bei der Umsetzung auch Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft und Gewerkschaft und der Zivilgesellschaft mit dazu. Das macht es einfach noch mal komplett. Wir brauchen die ganze Akzeptanz. Das ist ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz, und das zeigt sich auch in der Zusammensetzung unserer Delegation.

Wie jedes Jahr gab es eine reiche Zahl an Side-Events bei der Bundesregierung. Themen waren z. B. „Ungleichheit“ und „Klimawandel“, dann auch „Beseitigung sozialer Ungleichheiten“, sprich, die Gerechtigkeitsagenda ist ein zentraler Punkt bei der 2030-Agenda. Was wir zum ersten Mal neu beim HLPF durchgeführt haben, ist ein so ein sogenanntes „Women Leaders Breakfast“. Das hat das BMU organisiert. Mit dabei – sehr hochrangig besetzt – war auch Mary Robinson. Sie ist die Vorsitzende der sogenannten „elders“ und frühere Staatschefin von Irland. Das war ein gutes Momentum, weil Frauen gerade noch mal in Geschlechtergerechtigkeit mit dem SDG 5 und der Umsetzung von Klimaschutz und Nachhaltigkeitszielen das gut nutzen können, das gemeinsam zu verstärken und wir da auch noch mal ein Momentum erzielen können.

Die Quintessenz des diesjährigen HLPF ist: Die Fortschritte bei der Umsetzung der 2030-Agenda und ihrer SDGs sind zwar weltweit spürbar, aber sie sind eindeutig zu langsam und zu wenig transformativ, um bis 2030 umfassende Nachhaltigkeit in den drei Dimensionen Wirtschaft, Soziales und Umwelt sicherzustellen. Wir haben uns als Bundesregierung deshalb auch dafür eingesetzt, dass bei den SDGs, die quasi etwas notleidend sind und keinen eigenen Verhandlungsprozess besitzen, Aktionsprogramme geprüft werden müssen, damit dann auch diese Maßnahme entsprechend schneller umgesetzt werden können und wir somit dann die Ziele erreichen.

Ganz kurz zum Gipfel. Mit dem Gipfel, der ja nur alle vier Jahre stattfindet, ist es noch mal ein wichtiges Zeichen, um auch das politische Mo-



mentum weiterzubringen und durch die hochran-  
gige Teilnahme – der Kanzlerin, aber auch unserer  
beiden Minister – wurde die Bedeutung noch mal  
deutlich nach außen gezeigt. Es haben 80 Staats-  
und Regierungschefs teilgenommen, und wir ha-  
ben da gemeinsam – das BMZ und das BMU – viel  
Arbeit reingesteckt, und deswegen auch noch mal  
herzlichen Dank an unsere Mitarbeiterinnen und  
Mitarbeiter und für die gute Zusammenarbeit zwi-  
schen BMZ und BMU.

Die Umsetzungsgeschwindigkeit beschäftigt uns.  
Das beschäftigt Sie wahrscheinlich genauso. Wir  
haben bei den Trends „Klimaschutz“ und „Arten-  
vielfalt“ erhebliche Arbeit vor uns. Jetzt geht es  
darum, auch noch mal das Ergebnis des ersten  
globalen Nachhaltigkeitsberichts zu betrachten,  
der zu Beginn des Gipfels offiziell veröffentlicht  
und vorgestellt wurde und entsprechend daraus  
auch Konsequenzen zu ziehen. Dieser Bericht  
wurde erstellt von 15 Wissenschaftlerinnen und  
Wissenschaftlern und liefert ganz konkret einen  
Hebel und auch die Ansatzpunkte, wie wir ge-  
meinsam noch vorangehen können.

Mit Blick auf die Uhr – was ist mir noch wichtig  
dazu? Man kann ja schlecht sagen, man wird frü-  
her gehen und dann überzieht man. Für uns als  
BMU noch ein Punkt: Wir haben das nochmal ge-  
nutzt im Rahmen des „Women Leaders Breakfast“  
mit der Ministerin und auch wieder mit Mary  
Robinson, aber auch der schwedischen Vizepre-  
mierministerin und der sogenannten SDG-Advo-  
cates und natürlich auch der Jugenddelegierten,  
die auch dran teilgenommen hat – Rebecca  
Freitag. Ich finde, es ist auch wichtig, dass alle Al-  
tersklassen repräsentiert sind und auch aus ver-  
schiedenen Bereichen kommen. Da liegt ein gro-  
ßes Potenzial, wie ich vorhin schon gesagt habe,  
das wir nutzen können, als Frauen.

Der zweite Punkt auch bei dem Gipfel ist ein Blick  
für uns als BMU auf die nächste CBD COP (die  
Vertragsstaaten-Konferenz der Konvention für bio-  
logische Vielfalt) in Kunming in China, weil das  
bei den SDGs mit dazugehört und das auch Hand  
in Hand geht und wir entsprechend die Anregun-  
gen, die wir bei dem Bericht erhalten haben, dort  
auch mit umsetzen.

Thema der Side Events waren „Wald“ und „Öko-  
systeme“. Dann gab es eine New York Declaration  
on Forests. Unsere „Bonn Challenge“ ist immer

wieder eine wichtige, ja eigentlich eine gute Er-  
folgsgeschichte, die man aber immer wieder mal auf-  
führen kann, um zu zeigen, wie es funktioniert  
und vor allem auch, wie die lokale Bevölkerung  
davon profitiert.

Als Essenz würde ich mal sagen, dass im Ver-  
gleich zum Klimagipfel der Nachhaltigkeitsgipfel  
vielleicht etwas im Schatten gestanden hat. Das  
muss man so sagen. Es war sehr geballt. Natürlich  
waren die Staatschefs am Anfang noch da. Aber  
ich glaube, dieser Effekt, wenn Staats- und Regie-  
rungschefs alle vier Jahre da sind oder zum Gipfel  
kommen, der könnte größer sein. Also da wäre  
mein Wunsch beim nächsten Treffen durchaus,  
dass man das entsprechend berücksichtigt, um  
noch mehr dieses Momentum nach vorne zu brin-  
gen. Damit möchte ich es belassen und bedanke  
mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Herz-  
lichen Dank für die Ausführungen und auch für  
das Petitum am Schluss, und jetzt Maria  
Flachsbarth vom BMZ.

**Dr. Maria Flachsbarth** (Parl. Staatssekretärin beim  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenar-  
beit und Entwicklung): Lieber Kollege Lenz, liebe  
Kolleginnen und Kollegen, liebe Rita, liebe Ju-  
genddelegierte. Ich freue mich, dass wir uns wie-  
dersehen. Wir haben uns in New York tatsächlich  
erst beim HLPPF und jetzt zuletzt dann bei den  
Gipfeln in New York gesehen. Ich will zu Ihnen  
beiden sagen, dass Sie ja drei Jugenddelegierte aus  
dem globalen Süden unter ihre „Fittiche“ genom-  
men haben, denen wir es ermöglicht haben, mit  
dabei zu sein, die Sie da so ein bisschen durch die  
Strukturen geführt und geleitet haben. Und es ist  
auch noch mal – glaube ich – ganz, ganz wichtig  
zu sagen, dass eben nicht nur wir vor Ort waren,  
sondern dass wir die Erfahrungen der Jugenddele-  
gierten aus dem globalen Süden mit einbezogen  
haben, und dass diese natürlich zurückgehen in  
ihre Länder und dort eine entsprechende Vernet-  
zungen herbeiführen. Deshalb dafür noch mal ei-  
nen ganz, ganz herzlichen Dank.

Ich werde mal anfangen mit dem Gipfel im Sep-  
tember, nachdem wir jetzt schon viel gehört haben  
über den Juli-Gipfel. Und ich will dazu sagen –  
Rita Schwarzelühr-Sutter hat es schon gesagt –,  
wir müssen letztendlich so ein bisschen an Fahrt  
gewinnen. António Guterres hat dazu gesagt, es



braucht jetzt eine „decade of delivery and action“. Die Abschlusserklärung des Nachhaltigkeitsgipfels hat gefordert, bis zum nächsten Jahr, also dem 75-jährigen Jubiläum der Vereinten Nationen im September, Maßnahmen zu entwickeln, um die Umsetzung der Agenda 2030 zu beschleunigen. Deshalb will ich jetzt insbesondere auf vier Bereiche eingehen: Auf die Bereiche „Klimaschutz“, „Wald“, „Gesundheit“ und auf unsere SDG-Kampagne, um zu zeigen, wo wir uns in diesen Bereichen ganz besonders für das Fortkommen der Erreichung der Ziele unseres „Weltzukunftsvertrages“ einsetzen werden.

Ich will mit dem Klimaschutz anfangen. Sie alle haben das ja verfolgt, Deutschland will bis 2050 klimaneutral werden. Wir haben darüber hinaus aber international für den Zeitraum von 2005 bis 2018 die internationale Klimafinanzierung nahezu versiebenfacht – soll heißen, 2018 wurden Haushaltsmittel in Höhe von knapp 3,4 Milliarden Euro für den Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen zugesagt, 2020 soll unser jährlicher Beitrag auf 4 Milliarden Euro anwachsen. Ich glaube, das ist eine Hausnummer, an der man sich orientieren kann. Über 80 Prozent dieser Mittel stammen dabei aus dem Haushalt des BMZ. Wir werden 1,5 Milliarden Euro in den grünen Klimafonds einzahlen, um insbesondere Entwicklungsländer bei einer emissionsarmen und klimaresilienten Entwicklung zu unterstützen. Wir haben eine von uns mitgegründete Initiative „Klimarisikoversicherung“ auf den Weg gebracht, wo wir auch die privaten Versicherungswirtschaft mit einbeziehen werden und wollen damit bis 2025 eine halbe Milliarde Menschen im Katastrophenfall absichern helfen. Das ist insofern wichtig, als dass, sofern eine Versicherungspolice vorliegt, diese Menschen erstens, das Recht auf eine Entschädigung haben und zweitens, für den Abschluss einer solchen Police häufig auch Präventionsmaßnahmen auf den Weg gebracht werden. Deshalb halten wir dieses Instrument für ausgesprochen wichtig.

Wir haben mit anderen Gebern noch mal weitere Initiativen präsentiert, um Kleinbauern insbesondere „klimasicherer“ zu machen, um in Städten Investitionen in grüne Technologien zu ermöglichen für einen emissionsärmeren Transport. Wie Sie wissen, haben wir darüber hinaus die „Allianz

für Entwicklung und Klima“ auf den Weg gebracht, wo es über 400 Unternehmen gibt, die freiwillig kompensieren und Kommunen und Vereine ebenfalls mitmachen. Das ist insgesamt – wie ich finde – eine ausgesprochen gute Entwicklung, um auch diese Bewegung in die Breite zu tragen. Es ist nicht nur eine Aufgabe von Regierungen.

Zweiter Punkt ist das Thema „Wald“. In diesem Sommer waren die Waldbrände, insbesondere im Amazonas, im Kongo und in Indonesien, in der Presse, und deshalb investieren wir zwei Milliarden Euro zusätzlich in den Waldschutz und in Wiederaufforstung. In New York haben wir als einer der ersten Geber das neue Weltbankprogramm für den grünen Sektor, also „Pro Green“ mit 200 Millionen Euro finanziert, um nachhaltige Landnutzung voranzutreiben. Wie Sie wissen, setzen wir uns für nachhaltige Lieferketten ein. Das Stichwort hier ist „entwaldungsfreie Produktion“.

Dritter, großer Punkt ist das Thema „Gesundheit“. Wir haben in New York den Aktionsplan zur schnelleren Umsetzung der Gesundheitsziele der Agenda 2030 vorgestellt. Die Bundeskanzlerin war zu dem Event „Universal health care“ da. Das ist ein Projekt, das wir gemeinsam mit der WHO, gemeinsam mit Norwegen und mit Ghana, vorantreiben. Der Aktionsplan definiert ganz klare Meilensteine, sodass auch Fortschritt gemessen werden kann. Das ist unser Ziel und unser Anliegen. In der letzten Woche habe ich außerdem für Deutschland erklären dürfen, dass wir den Beitrag für den globalen Fonds gegen Aids, Tuberkulose und Malaria auf insgesamt eine Milliarde Euro erhöhen.

Vierter Punkt: Wie kriegen wir jetzt noch ein stärkeres öffentliches Bewusstsein für die Erreichung der SDGs und für nachhaltige Entwicklung hin? Da wollen wir als Ministerium im November 2019 eine Informationskampagne starten, die „Tour der Nachhaltigkeit“ durch zehn deutsche Städte, bei der Menschen noch mal darauf hingewiesen werden, nachhaltige Produkte zu kaufen und faire Produktion zu unterstützen. Wir haben das Textilbündnis auf den Weg gebracht, wie Sie wissen. Daraus hervorgehend den „grünen Knopf“ als Siegel, um Verbraucherinnen und Verbraucher letztendlich auch noch mal stärker mit zu involvieren, stärker mit ins Boot zu bekommen. Die Frage der fairen Lieferketten wird auch eines der Hauptthemen für die deutsche Ratspräsidentschaft sein,



und wir werden natürlich Gipfelergebnisse, die wir mitgebracht haben aus New York, auch in die Neufassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie mit einbringen. Da freue ich mich auf die Auftaktveranstaltung am 29. Oktober 2019.

Ich glaube, das sind die wichtigen Punkte, die wir vom Gipfel mit nach Hause bringen konnten. Zum HLPF will ich sagen, dass es sicherlich wichtig ist, jedes Jahr zu schauen, wie weit sind wir denn, um Länder wirklich vortragen zu lassen, um diese auch dabei zu unterstützen, ihre eigenen nationalen Ziele letztendlich zu erreichen, und um voneinander zu lernen. Aber ich glaube auch, dass dieses HLPF-Forum in seiner jetzigen Form langsam an logistische Grenzen stößt. Also, da wird berichtet, berichtet, berichtet und es bleibt aus unserer Sicht eigentlich zu wenig Zeit, um sich vertieft zu unterhalten und zu schauen, wie können wir denn jetzt wirklich vorangehen, und wie können wir denn wirklich Dinge erreichen. Und deshalb sollte bei der 74. Sitzung der Generalversammlung dieses Format überprüft werden. Unser Ziel ist, eine noch höhere Wirksamkeit zu erreichen in der Berichterstattung, so etwas wie eine realistische Rechenschaftslegung, gegenseitiges Lernen wirklich zu ermöglichen, um dafür Qualität und Relevanz der Berichte zu steigern, unsere Zivilgesellschaft z. B. durch Schattenberichte noch mal mehr mit einzubinden. Das mag möglicherweise auch die Qualität der Berichte der Staaten noch mal erhöhen – auch unsere eigenen. Dafür werden wir uns in den kommenden Wochen in Bezug auf die Reform des HLPF einsetzen. Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank für die Ausführungen, eigentlich für die Agenda, die ja hier in Umsetzung ist, und jetzt freuen wir uns natürlich ganz besonders auf die Ausführungen der Jugenddelegierten. Ich weiß nicht, ob Ihr euch abgesprochen habt, wer anfängt? Okay, Felix Kaminski fängt an.

**Felix Kaminski** (Jugenddelegierter für Nachhaltige Entwicklung): Ja, wir wollen uns erst mal ganz herzlich für die Einladung bedanken. Das ist auch für uns eine neue Möglichkeit, hier vor Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu sprechen, und normalerweise ist es ja das Privileg der Opposition, eigentlich nach der Bundesregierung zu sprechen. Nun sind wir natürlich keine parlamentarische Opposition, aber als Jugenddelegierte ist natürlich auch ein bisschen so unsere Aufgabe, der

Regierung beim HLPF ein wenig auf die Finger zu schauen. Falls der eine oder die andere unser Programm noch nicht kennt: Wir sind Jugenddelegierte für Nachhaltige Entwicklung und kommen vom Deutschen Bundesjugendring, der das Programm gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium trägt. Wir sind immer zu zweit und haben ein sogenanntes Senior-Junior-Prinzip. Das bedeutet, dass jedes Jahr eine Person quasi ausgetauscht wird. Wir begleiten die deutsche Regierungsdelegation auf UN-Nachhaltigkeitskonferenzen. Wir werfen aber auch einen kritischen Blick darauf und verfolgen beispielsweise mit unseren anderen Jugenddelegiertenkolleginnen und -kollegen aus den anderen Staaten beispielsweise „Side-Events“ und organisieren die freiwilligen Staatenberichte.

Das ist natürlich nur ein kleine Part unserer Aufgaben, denn ganz viel findet auch in Deutschland statt, wo wir in Schulen gehen, in die Jugendverbände, insbesondere in die Jugendverbände des Deutschen Bundesjugendrings, um dort mit jungen Menschen über Nachhaltigkeit zu sprechen, und ich glaube, ich muss Ihnen allen nicht erzählen, wie wichtig gerade das Thema „Nachhaltigkeit“ für die junge Generation ist, wenn wir uns die „Fridays for Future“-Proteste anschauen, wenn wir uns andere Themen anschauen. Beispielsweise wurde gestern die Shell-Jugendstudie veröffentlicht, wo noch mal drin steht, dass die Themen „Umweltschutz“, „Klimawandel“, aber eben auch andere Aspekte der Nachhaltigkeit gerade eine besondere Relevanz für Jugendliche haben. Und das merken wir auch in unserer tagtäglichen Arbeit, wenn wir in die Schulen und Jugendverbände gehen.

Was wir beim HLPF erlebt haben, ist so ein bisschen zwiegespalten. Wenn man sich den Gipfel ansieht, wo im Vorfeld des SGD-Gipfels noch mal ein sogenannter „Jugend-Klimagipfel“ stattgefunden hat, bei dem 700 Jugendliche zusammenkamen und sich quasi auf der einen Seite ausgetauscht haben, aber noch mal unsere Forderung für den „Erwachsenen-Gipfel“ aufgeschrieben haben. Was natürlich eine super Möglichkeit für uns war. Grundsätzlich erwarten wir aber auch, dass wir an den tatsächlichen Entscheidungsprozessen dann beteiligt werden und bei dem echten Gipfel einen Platz am Tisch haben.

Ebenfalls – die beiden Staatssekretärinnen haben es erwähnt – positiv zu erwähnen ist, dass zum





ersten Mal ein sogenannter „Global Sustainable Development Report“ veröffentlicht wurde, der auch noch mal aus der wissenschaftlichen Perspektive aufzeigt, wo wir gerade eigentlich stehen. Und wenn wir da mal genau reinschauen, dann sehen wir, dass wir eigentlich gar nicht „on track“ sind – ganz im Gegenteil, dass das eigentlich alles ziemlich düster aussieht, weil wir nicht nur bei den ökologischen Zielen versagen – beispielsweise in der Bekämpfung der Klimakrise oder weil wir den Biodiversitätsverlust nicht stoppen, sondern auch bei den sozialen Zielen. Beispielsweise hat die Zahl der unterernährten Menschen im letzten Jahr wieder zugenommen und das ist für uns nicht mehr akzeptabel.

Ebenfalls wurde erwähnt, dass 47 Staaten einen „Voluntary National Review“ vorgestellt haben, wo die sogenannten freiwilligen Staaten berichten, wo die Staaten vor der Weltgemeinschaft präsentieren können, wie weit sie eigentlich bei der Umsetzung der 2030-Agenda sind. Und da stellt sich für uns manchmal die Frage: Wie relevant sind diese Berichte eigentlich? Weil sich natürlich kein Staat hinstellt und sagt, ja, bei uns läuft es eigentlich nicht und wir sind nicht „on track“, sondern alle natürlich immer die positiven Aspekte erwähnen. Und das ist eine strukturelle Frage des HLPF, die aus unserer Sicht dringend verändert werden muss. Wir haben dazu mit den anderen Jugenddelegierten in einem Side-Event einen Aufschlag gemacht, wie das durch stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft aussehen kann, insbesondere auch durch Schattenberichte, von Jugendlichen aber eben auch durch unabhängige Gremien, die die Berichte prüfen.

Der Gipfel jetzt im September 2019 sollte eigentlich noch mal ein neues Momentum für die SDGs erzeugen. Wir sehen da gerade Deutschland auch in der Pflicht, wieder eine internationale Vorreiterinnenrolle einzunehmen, weil wir die finanziellen Ressourcen haben, aber eben auch eine starke Zivilgesellschaft und funktionierende demokratische Strukturen. Und wer, wenn nicht wir, müsste eigentlich die Vorreiterin bei der Umsetzung der 2030-Agenda sein, und deswegen hätten wir uns auch erwartet, dass jetzt hier in Deutschland das Jahrzehnt der Umsetzung beginnt. Und Rebecca Freitag wird jetzt ein bisschen was dazu sagen, wie unser Gefühl war, ob diese Dekade der „Delivery“, wie das António Guterres

sagt, eingeläutet wurde oder nicht.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):** Herzlichen Dank. Ich erteile aber vorher noch das Wort. Danke.

**Rebecca Freitag** (Jugenddelegierte für Nachhaltige Entwicklung): Danke. Um ehrlich zu sein, ist das der erste SDG-Gipfel nach vier Jahren relativ wirkungslosem High level Political Forum. Wir haben erwartet, dass hier noch mal ein starkes Signal losgetreten wird, eine neue Welle der Umsetzung. Wir haben auch erwartet, dass die SDGs endlich mehr Relevanz auf Staats- und Regierungschefsebene finden, und das eben auch in Deutschland. In Deutschland sehen wir nämlich im alltäglichen Politikbetrieb, dass die SDGs in der Regierung keine große Relevanz spielen. Aber nicht zuletzt waren wir auch ziemlich enttäuscht von den Signalen in New York. Denn dort ist die Bundesregierung verfrüht abgereist und Frau Merkel hat ihren „Redeslot“ aufgegeben. Wie kann es sein, dass Deutschland nicht auf einem UN-Staats- und Regierungschefsgipfel spricht, wenn es um die Nachhaltigkeitsziele geht? Dabei sind die SDGs genau ihre Verantwortung – die der Regierung. Ich möchte noch mal kurz zur Erinnerung erwähnen: 2015 haben alle 193 UN-Mitgliedsstaaten die 2030-Agenda unterzeichnet. Das bedeutet, es ist ihre Verantwortung, dass diese 17 Nachhaltigkeitsziele bis 2030 erreicht werden. Das bedeutet also auch, dass Sie, als gewählte Volksvertreter und -vertreterinnen, die Bundesregierung unermüdlich daran erinnern müssen, diese Ziele konsequent anzugehen.

Was bedeutet das? Das bedeutet eben nicht, dass Sie die Verantwortung auf die Individuen abwälzen. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir nämlich grundlegende und strukturelle Veränderungen. Wir brauchen z. B. strukturelle Veränderungen im Bereich „Verkehr“. Hier reicht es nicht, dass wir ein paar mehr E-Autos auf die Straße setzen. Wir brauchen mehr Angebote für Fuß- und Radwege, wir brauchen autofreie Innenstädte, wir brauchen ein nachhaltiges Mobilitätsangebot auch auf dem Land. Das entspricht z. B. SDG 11, 12, aber auch SDG 3.

Wir brauchen außerdem strukturelle Veränderungen im Bereich der Landwirtschaft. Hier müssen diejenigen, die sich im Bereich „Landwirtschaft“



für mehr Biodiversität und für sauberes Trinkwasser einsetzen, gefördert und nicht abgestraft werden. Also SDG 14, 15 und SDG 6, aber auch SDG 13.

Außerdem brauchen wir auch strukturelle Veränderungen im Bereich „Energiewirtschaft“. Hier müssen wir weg von den fossilen Energieträgern und hin zu einer sauberen Energieform, die für alle zugänglich sind und die dezentral läuft, also SDG 7.

Sie sehen, wir brauchen Sie als Staat, um die heutigen Probleme, die uns von der nachhaltigen Entwicklung abhalten, anzugehen. Wir brauchen Sie z. B. auch, um unser aktuelles Wirtschafts- und Handelssystem nachhaltiger zu gestalten, sodass die Ungleichheiten bekämpft werden, also SDG 10. Wir brauchen Sie, vor allem wir junge Menschen brauchen Sie, um die Mietenexplosion in Städten zu beenden, das ist SDG 11, um unser Bildungssystem wieder fit zu machen und mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung zu etablieren – SDG 4, um Kinderarmut zu bekämpfen – SDG 1, oder um unser Parlament paritätischer zu besetzen – SDG 5, d. h. mehr Frauen, aber auch mehr junge Menschen.

Sie sehen, die SDGs müssten aktiv von jedem Ministerium, von jedem Ressort und von jedem Ausschuss bearbeitet werden und vor allem mit mehr Ambitionen. Mehr Ambitionen braucht übrigens auch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, die 2020 neu aufgesetzt werden soll. Die muss mehr als nur ein Update oder eine Schönheitskorrektur der jetzigen Indikatoren werden. Hier sollten vielmehr internationale Indikatoren herangezogen werden. Und vergessen Sie bitte auch nicht diejenigen mit einzubeziehen, die von diesen Entscheidungen am meisten betroffen sein werden, weil wir am meisten damit leben werden. Das sind wir jungen Menschen. Und das sollte auch aus weit mehr, als nur über diese Anhörung hinausgehen.

Wir tragen außerdem schon eine Menge zu diesen Zielen bei. Für uns junge Menschen sind die SDGs ein innerer Kompass, und vor allem sind sie für uns die größte Hoffnung für eine lebenswerte Zukunft auf diesem Planeten, auf dem auch wir eines Tages mal Kinder in die Welt setzen wollen.

Liebe Abgeordnete, liebe Verantwortliche, können Sie sich eigentlich noch an den Moment erinnern, wo Sie sich für diesen Job entschieden haben?

Was war Ihre Motivation? Wollten Sie mit Ihrer Arbeit nicht auch die Welt ein Stückchen besser machen? Dann ist das jetzt Ihre Chance. Sorgen Sie dafür, dass die SDGs zur DNA dieser Regierung werden. Danke.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):** Vielen Dank für diese Stellungnahmen, auch für diese Aufforderungen und für diese Plädoyers. Jetzt hat die Regierungsseite mir schon zugeflüstert, sie hätten was zu erwidern, aber wir haben natürlich auch unsere Vorgaben und jeder kommt auch noch zu Wort. Letzten Endes sind auch wir alle ein Teil dieses Staates, im besten Fall. Gerade die SDGs sind etwas, was uns in der Zielsetzung ja auch verbindet.

Wir sehen jetzt eine Fragerunde vor – eine Möglichkeit eben, dass die Parlamentarier auch ihre Meinungen äußern. Beginnen möchte ich mit der Unionsfraktion, und hier mit Matern von Marschall.

**Abg. Matern von Marschall (CDU/CSU):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Liebe Jugenddelegierte, das waren ja eine Menge Forderungen ans Parlament. Ich will vielleicht deswegen mit der Frage beginnen, wann bzw. seit wann ist eigentlich das Parlament in diesen Prozess einbezogen? Und ich will mich daran erinnern, dass bei der Entstehung der Nachhaltigkeitsziele die Parlamente gar nicht einbezogen waren, sondern nur die Zivilgesellschaft. Also, d. h. der Prozess, in dem die Parlamente und nicht nur die Exekutive, handelten, ist erst sehr spät gestartet. Und daran möchte ich auch erinnern mit Blick auf die Anmerkungen, bezüglich einer Beteiligung, die Sie gegeben haben. Also die Beteiligung sollte – jedenfalls so verstehe ich repräsentative Demokratie – insbesondere durch die Parlamente als Vertreter ihrer Bevölkerung wahrgenommen werden. Und trotzdem finde ich es sehr gut, dass wir dort im Austausch sind.

Ich beklage ein bisschen, das muss ich wirklich sagen, die völlig explosionsartige Vermehrung von Teilnehmern auf diesen Konferenzen. Also, so sehr und so gerne ich die letzten Jahre dabei gewesen bin, aber es wurde ja von Seiten der Regierung auch gesagt, dass die Handhabbarkeit schon ein bisschen schwierig wird. Also, das ist jetzt eine reine optische Wahrnehmung von mir selber



gewesen in den letzten Jahren, wie man das irgendwie bündeln kann. Ich möchte aber jetzt auf zwei Punkte kommen, die ich sozusagen in Richtung Regierung, in beide Ressorts oder in beide Themenfelder – HLPF und Regierungsgipfel – hineingeben möchte.

Das eine sind die Reports, die sogenannte „Voluntary National Reports“, also die freiwilligen Berichte. Da unterstützt die Bundesregierung ja auch die Qualität der Berichterstattung. Also, d. h., ich wünsche mir sehr, dass das, was wir, weil wir die Fähigkeiten vielleicht eher haben als andere Länder, dort leisten können, zur Erhebung der Daten, zum Monitoring, noch stärker anderen Ländern auch zur Verfügung stellen und würde gerne hören, was dort bisher geschieht, weil das doch sehr wichtig ist. Viele Länder, die sehr schwach sind, sind vielleicht durchaus bereit, das mitzumachen, aber die Erhebung von Daten, um sozusagen die Indikatoren zu überprüfen, ist einfach ein großes und schwieriges Thema. Ich weiß, dass natürlich viele Berichterstattungen auch sehr viel rosiger diese Dinge erscheinen lassen, als sie tatsächlich sind. Ich glaube aber trotzdem, dass allein der Prozess, sich mit den einzelnen Zielen und ihrer Überprüfung zu befassen, an sich schon eine gute Möglichkeit bietet, damit Staaten auch eigene Strukturen selber überhaupt mal überprüfen und sukzessive Ambitionen entwickeln, sagen wir mal, ihr eigenes Handeln überprüfbar zu machen. Insofern würde ich durchaus eingedenk gewisser Schönfärberei in dem einen oder anderen Bericht das für einen guten Weg halten, weil ja damit auch gewissermaßen bestimmte Rechtsstaatsprinzipien, wenn man so will, entwickelt werden, die wir ja auch unterstützen.

Ich möchte mit Blick auf Deutschland vielleicht noch mal auf das Thema „Wald“ kommen. Ich glaube, ohne die nationalen Verpflichtungen – die SDGs sind ja immer beides, eine nationale und eine internationale Verpflichtung – zu schmälern und ohne auch die Defizite zu benennen, sage ich jetzt mal, „Verkehr“ und „Biodiversität“ sind als zweiseitige Aspekte mit Gewitterwolken und Blitzen erkennbare Problemfelder im Indikatorenbericht. Wir sollten – glaube ich – mehr darstellen, was man im internationalen Klimaschutz vermutlich auch verhältnismäßig preiswert tun kann. Also ich will jetzt mal über Effizienz sprechen,

und das ist ja dann auch ein Aspekt von Nachhaltigkeit, um Emissionen zu senken. Also, ich sage mal, manchmal sind Grenzkosten bei der Gebäudesanierung vielleicht doch sehr hoch, um dann noch mal drei Prozent CO<sub>2</sub> einzusparen. Während die Wiederaufforstung oder die „RedPlus“, ja ein besonders erfolgreiches Modell von Deutschland, aber auch von anderen Ländern ist, welches unter Umständen sehr viel CO<sub>2</sub>-Bindung in großem Umfang erreichen kann. Also, dass wir vielleicht darüber mal sprechen, damit wir auch erkennen, wo in der internationalen Verantwortung unser Beitrag Großes leisten kann. Das würde mich noch mal interessieren. Vielleicht, dass die Bundesregierung im BMU und im BMZ auch mal die Daten darlegt über die – das ist jetzt nur ein ganz kleiner Teil im Verhältnis zu allen SDGs – Beiträge zur Emissionsminderung bzw. etwa über die Aufforstung. Danke.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen Dank, und jetzt die SPD-Fraktion, Frau Dr. Scheer.

Abg. **Dr. Nina Scheer** (SPD): Aus den eigenen Eindrücken aus New York kann ich von einem Forum berichten, dass wir natürlich aus deutscher Perspektive ein ganzes Stück voraus sind, was die parlamentarische Einbindung bei der Verfolgung der Ziele der SDGs angeht. Aus der Arbeit, die wir ja im Beirat auch verfolgen, kann man allerdings immer sagen: „Ein Glas halb leer, Glas halb voll“. Es ist natürlich immer die Frage, wie weit ist dann wirklich der parlamentarische Einfluss, wenn es eben darum geht, die SDGs in die Umsetzung zu bringen. Und ich glaube, man muss da, um auch auf die Jugenddelegierten einzugehen, eine Problematik ins Auge fassen, die nach meiner politischen Wahrnehmung auch sehr stark durch lobbyistische Einflüsse geprägt ist – und zwar mit Blick auf das, was man einmal als Zielsetzung ins Visier genommen hatte. Das ist mit den SDGs zwar klar umrissen, bezüglich der Grobzielrichtung, wo man hin will, aber auch was dann an einzelnen Maßnahmen tatsächlich hilfreich ist, um in diese Richtung zu gehen. Und was mir als Beispiel manchmal auch zu kurz kommt, ist der unmittelbare Zusammenhang zwischen einer Ablösung von fossilen Ressourcen und der Erreichbarkeit dieser Ziele. Also, man kann natürlich viele, viele Programme auflegen, aber wenn man es im Kern nicht schafft, die Abhängigkeit von



den fossilen Ressourcen zu beenden, dann verpufft auch Vieles. Und man merkt auch, wenn man den Weltklimarat anschaut, die Szenarien anschaut, dass auch viele Vorschläge an dieser Zielsetzung – einer Ablösung von fossilen Ressourcen – vorbei gehen. Also, wenn man z. B. sagt, da wird jetzt groß in „CCS-Technologie“ investiert oder es soll in Pflanzen investiert werden, die irgendwo klimaresistenter sind, dann sind es ja viele Maßnahmen, die vielleicht für sich genommen alle irgendwo wirken – da kann man aber sicher drüber streiten. Bei Vielem würde ich auch sagen, ist es ein „No-Go“. Aber im Wesentlichen geht es darum, den ursachenbezogenen Kern, die Bedingungen des Klimawandels anzugehen, an dem „schrappt“ doch vieles immer vorbei. Und ich denke, das muss man noch viel konsequenter in den Blick nehmen und ich habe gerade das Wort „Lobbyismus“ verwendet. Man kann eben auch beobachten, dass genau solche Akteure, z. B. die Initiative Neue soziale Marktwirtschaft, die sich dann immer wieder politisch einmischen, dass die dann eben auch meistens solche Instrumente ins Visier nehmen und bekämpfen, die eigentlich sehr erfolgreich sind, um genau diesen Pfad einer Umstellung auf erneuerbare Energien zu beschreiben. Und da wünsche ich mir einfach auch, dass wir im politischen Kontext noch viel selbstkritischer mit diesen Einflussfaktoren umgehen, um auch wirklich immer den Kern von wirksamen Klimaschutzmaßnahmen zu bewerten um auch immer wieder dahin zu kommen und es nicht immer oder zu leicht in einer Wolke bewegen, begleitet von unheimlich viel Aktion, die aber vielleicht unterm Strich gar nicht so viel bewirken kann, wie sie den Anschein erweckt.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen Dank, und Dr. Kraft von der AfD-Fraktion.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Danke, Herr Vorsitzender. Frau Freitag hat gesagt, die Parlamentarier mögen doch die Regierung an die Einhaltung der Agenda 2030 erinnern. Dem würde ich jetzt ganz gerne nachkommen, denn die Agenda 2030 hat sich als Primärziel die Bekämpfung der weltweiten, der globalen Armut verschrieben. Nun ist es so, das war in New York feststellbar und wurde gerade eigentlich auch von den Regierungsvertretern bestätigt, dass der Fokus der Bundesregierung nicht auf der Bekämpfung der globalen Armut liegt, sondern der Fokus der Bundesregierung liegt

in der Bekämpfung des Klimawandels und der Bekämpfung von globalen Ungleichheiten. Und da würde mich seitens der Regierungsvertreter interessieren, wie die Bundesregierung dazu kommt, hier den Fokus zu verschieben von der Agenda 2030, der sich die Bundesregierung ja angeblich verschrieben hat. Und die Jugenddelegierten können gerne sagen, was sie davon halten, dass die Bundesregierung hier von der Agenda 2030 abweicht. Danke.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen Dank. Von der FDP Prof. Neumann.

Abg. **Prof. Dr. Martin Neumann** (FDP): Vielen Dank für die bisherigen Ausführungen. Also, vielleicht vier kurze Punkte, um das mal so auch aus unserer Sicht, aus meiner Sicht, etwas deutlich zu machen. Frau Freitag, Sie haben jetzt zu den SDGs gesprochen und haben auch, was mich ein bisschen irritiert – also da müssen wir noch mal nachfragen – die Rolle des Individuums angesprochen. Also, wir haben ja in allen Politikbereichen – gerade auch im Bereich „Sicherer, nachhaltiger Energieversorgung in der Zukunft“ – ja auch immer das Thema der Akzeptanz. Und Akzeptanz ist ja nicht einfach Akzeptanz, sondern hat etwas mit Bildung, mit Wahrnehmung, mit Verständnis, mit wirklich aktiver Rolle des Individuums zu tun, und ich bin der festen Überzeugung, und ich weiß nicht, wie Sie es jetzt konkret gemeint haben, dass das Individuum natürlich einbegriffen ist in alle die Dinge, die Sie da jetzt formuliert haben. Und letztendlich geht es ja darum, auch diesen aktiven verantwortungsvollen Menschen zu haben, der seine Verantwortung wahrnimmt, um letztendlich tatsächlich hier auch zum Erfolg zu kommen. Denn ich sage mal so: Das Thema ist ja nun nicht irgendwie so gestrickt, dass man das andere machen lassen kann. Mich verwirren manchmal Umfragen – wo auch immer die Quellen herkommen – wo man dann sagt, okay, 80, 90 und noch mehr Prozent der Menschen hier in Deutschland – ich will mich erst mal auf Deutschland konzentrieren – wollen eine grüne Energiewende im weitesten Sinne. Und dann kommt aber bitte nicht zu mir. Wir haben das in der praktischen Umsetzung ja immer erlebt, dass wir einfach da ansetzen müssen, um letztendlich auch Verständnis dafür zu bekommen, um das Individuum und die Menschen da auch mitzunehmen, weil das am Ende dann ein Erfolg wird.



Klimaschutz hat eine Zielstellung. Ich bin mir auch sicher, dass wir da im Moment nicht alles das machen, was wir machen sollten. Und ich glaube auch, die Antwort, die hier im Raum steht, über die man dann auch diskutieren muss, über die man auch letztendlich nachdenken muss, ist das Thema „Technologieoffenheit“, die Frage von Innovation, von Forschung und Entwicklung, um letztendlich das Leben der Menschheit oder der Menschen insgesamt nicht nur in Deutschland, sondern international auch zu ermöglichen und da auch entsprechende Chancen wahrzunehmen.

Vielleicht noch mal zur deutschen Verantwortung und auch das, was da bisher auch von der Bundesregierung vorgetragen wurde. Ich bin der festen Überzeugung, und das ist ja nichts Neues, dass wir sagen, dass man natürlich Know How und Verantwortung auch insofern wahrnehmen könnte, als dass man mit geeigneter Technik, mit Forschung und Entwicklung auch international sich dort einsetzen sollte oder muss, in welcher Form auch immer, um letztendlich dafür zu sorgen, dass wir weltweit das Thema in den Griff bekommen. Denn ich glaube, es nutzt ja nichts, wenn wir nationale Lösungen haben, die uns da sozusagen auszeichnen und wir besser sind als alle anderen auf der Welt, letztendlich aber insgesamt dann aber nicht vorankommen. Ich denke da an viele Projekte, die weltweit auch mit Innovationen, mit deutscher Technologie oder mit Know How in Verantwortung oder in Griff genommen werden können. Also beispielsweise das Thema „Fackelgase“. Es gibt hunderttausend andere Beispiele, wo man natürlich die Möglichkeit hat, wirklich massiv CO<sub>2</sub> einzusparen, was letztendlich ja auch der globalen Entwicklung und auch dem globalen Klima gut tun würde. Und ich glaube, wir müssen hier wirklich den Blick weiten. Wenn ich mir die Zielstellung ansehe. Es gibt unendlich viele Möglichkeiten, wo man mit konkreten Schritten, also nicht nur mit irgendwelchen, weiter käme – vor allen Dingen mit verschiedenen Regeln und Mechanismen und mit Motivation. Das ist ein Begriff, der meiner Ansicht nach auch in diesem Zusammenhang viel deutlicher und viel stärker zum Tragen kommen muss, um letztendlich auch diese Lösungen, von denen wir immer wieder sprechen, dann in den Griff zu bekommen, um erfolgreich zu sein. Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen Dank und abschließend von den Grünen Herr Zickenheiner von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Gerhard Zickenheiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Liebe Frau Schwarzelühr-Sutter, liebe Frau Dr. Flachsbarth. Ich war im Juli mit dabei und habe dort in drei Halbsätze zusammengefasst, was mir aufgefallen ist: Wir erleben eine nationale Ebene, überall gleich übrigens weltweit, die uns besingt und die frohlockt und uns von Taten erzählt, wie die Klimakrise bewältigt und die Agenda 2030 vorwärts getrieben wird. Danach erlebt man regelmäßig, wie NGOs diese Berichte zerlegen, und wir müssen am Schluss betrübt feststellen, das sind ein paar Kommunen, die da einiges leisten, aber dort fehlt es weltweit an entsprechenden Mitteln.

Damals hat man mir aber angekündigt, im September wird unsererseits durch die Bundesregierung ganz konkret geliefert. Und ich habe den September erwartet. Unsere Hoffnungen wurden ja dann schon die Woche davor durch das „Klima-Angstpaket“ etwas gedämpft. Wir haben das dann schon ein bisschen kommen sehen, was da geht. Dabei ist im Beschluss des Staatssekretärsausschusses zur Nachhaltigkeitspolitik auf globaler und europäischer Ebene vom Mai 2019 ausgesagt worden, dass er sich dafür einsetzen wird, dass der SDG-Gipfel im September einen Appell an die weltweite Öffentlichkeit zur Notwendigkeit einer Beschleunigung, einer beschleunigten Umsetzung der Agenda 2030 aussendet, da die Ziele bei der gegenwärtigen Umsetzungsgeschwindigkeit bis 2030 nicht erreicht werden können.

Die Bewertung der Zivilgesellschaft ist ja eher vernichtend. Jürgen Maier z. B. hat kommentiert – er ist Geschäftsführer des „Forum Umwelt und Entwicklung“: „Die Hoffnungen, dass der Nachhaltigkeitsgipfel ernst zu nehmende Ergebnisse erzielen könnte für eine verbindliche politisch relevante Umsetzung der Ziele vor allem in Ländern wie Deutschland, haben sich nicht erfüllt“. Kritisiert wurde u. a. auch von Marianne Beisheim, von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“, das das Abschlussdokument des SDG-Gipfels noch während der Eröffnung aufgenommen wurde. Da fragt man sich ja schon, warum sind sie dann nach New York geflogen?



Das Ziel, der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ein neues Momentum zu verleihen, also die wurden im Flugzeug vergessen. Das hat ja offensichtlich überhaupt nicht geklappt. Aussagen der offiziellen Berichterstattung über Umwelt- und Entwicklungsverhandlungen der Vereinten Nationen sind ebenfalls eindeutig – so heißt es hier: „Dies sollte der Gipfel sein, der ein Jahrzehnt beschleunigten Handelns einleitet.“ Stattdessen hieß es von Seiten der Wissenschaft: „Die Welt geht in einigen Bereichen sogar rückwärts, u. a. in Bezug auf Ungleichheit, Klimawandel und biologische Vielfalt“. Weiter heißt es: „Wir scheinen es leichter zu finden, uns das Ende der Menschheit vorzustellen als unsere Systeme zu verändern.“

Meine sehr geehrten Jugendvertreter, die Gesamtheit der Jugenddelegierten hat es ja noch ein bisschen radikaler geäußert, was da in New York passiert ist. Die sagten: „Führer der Welt, Sie sind 2015 eine mutige Verpflichtung eingegangen, aber Sie scheitern.“ Das haben Sie in Ihrer Aussage vergessen. Das finde ich eigentlich schon sehr bezeichnend. Ich hätte z. B. erwartet – gerade für Deutschland –, dass wir vielleicht endlich zu klaren quantifizierbaren Zielsetzungen kommen und diese wiederum mit angemessenen Mitteln hinterlegt werden und dass z. B. auch der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung zum Ausschuss gemacht wird, um früher Zugriff auf die Gesetzgebung zu haben, statt hinterher formal prüfen zu müssen, was uns, seien wir doch mal ehrlich, alle zu „Papiertigern“ in der Runde macht.

Zu den Fragen: Es hat Verwunderung darüber gegeben, dass eine Rede der Bundeskanzlerin im Plenum angekündigt war, für Deutschland letztlich aber niemand im Plenum gesprochen hat. Da können Sie uns sicher erklären, was da passiert ist. Letztendlich hätten wir uns da schon eine Form von Momentum erwartet. Deutschland ist ja nicht irgendwer auf dieser Bühne, sondern hat ja auch immer angekündigt, da eine Vorreiterrolle übernehmen zu wollen. Außerdem würde uns interessieren, was Deutschland dazu beigetragen hat, dass eben dieser angekündigte Appell an die weltweite Öffentlichkeit zur Notwendigkeit einer beschleunigten Umsetzung der Agenda 2030 durch die Welt geht. Was hat Deutschland dafür getan, um das konkret zu fördern und um die anderen Staaten mitzunehmen?

Und zuletzt noch: Was hat die Bundesregierung beispielsweise konkret als „acceleration action“ beigetragen, also als freiwillige Initiative, um die SDGs voranzubringen?

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen Dank für die Fragen und für die Anmerkungen. Wir haben jetzt bewusst auch ein bisschen mehr Zeit gegeben, weil ja viele auch in New York dabei waren und ihre Eindrücke natürlich auch schildern sollen. Und jetzt hat als erste das Wort die Staatssekretärin Schwarzelühr-Sutter vom BMU.

**Rita Schwarzelühr-Sutter** (Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit): Vielen Dank. Dass die Kanzlerin nicht gesprochen hat, scheint ja durchaus einer der wichtigen Punkte zu sein und ich hatte gedacht, dass meine Kollegin darüber noch mal Auskunft gibt, warum. Warum hat niemand beim SDG-Gipfel gesprochen? Das ist protokollarisch nicht möglich gewesen, und die Kanzlerin hatte ein Zeitfenster. Und bei dem Zeitfenster war es nachher so, dass die regionalen Vertreter erst reden durften. Im Vorfeld, bevor überhaupt jemand reden durfte, hatten die Wissenschaftler, die diesen globalen Report vorstellten, im Rahmen einer Podiumsdiskussion in dem Format vorgetragen. Aber das wundert mich in dem Zusammenhang. Man muss das schon mit gleichem Maßstab messen. Katharina Schulze aus Bayern hat ja einen „USA-Trip“ gemacht und war auch bei dem SDG-Gipfel, obwohl sie keinen Rede-Slot hatte. Wir hatten das vorher den Abgeordneten aber angeboten. Sie hatten das dann kurz zuvor wieder zurückgezogen.

Dann zum Thema „Beteiligung des Parlaments“: Es war mir sehr wichtig, dass wir Parlamentarier mitnehmen. Es ging die Initiative von uns aus, dass wir entsprechend auf die Parlamentarier zugegangen sind und gesagt haben, das ist wichtig und wir bieten es an – auch schon in der letzten Legislatur. Es kam vorab niemand auf uns zu. Wir haben das gemacht, und ich glaube, das hat sich bewährt. Da würde ich auch in Zukunft auf die gute Zusammenarbeit setzen. Wenn Sie einen Wunsch haben, vorab auch nochmal mit uns das vorzubereiten, dann sind wir sicherlich gerne dazu bereit.

Da war noch eine Frage zum Organisatorischen



bzw. zu den Teilnehmern und wer ist dabei? Das hat sich eigentlich bewährt. Wir sind eine große Delegationsgruppe. Auch das Thema „Lobbyismus“ wurde angesprochen. Hierzu möchte ich sagen, da hat durchaus bei bestimmten Unternehmen auch ein Umdenkungsprozess stattgefunden, um sich mehr und mehr auch um Nachhaltigkeit in den Konzernen zu widmen. Es macht vielleicht auch gerade die Mischung innerhalb der Delegation aus, dass man sich entsprechend austauscht. Dabei entsteht ja auch ein wenig so etwas wie ein positiver „Gruppenzwang“.

Warum haben wir uns in diesem Jahr auf Klimaschutz, Gendergerechtigkeit und „Social inequality“ konzentriert? Weil es ein Fokus des diesjährigen HLPF war. Natürlich konzentriert man sich auf dieses Thema und kommt nicht mit einer anderen Baustelle. Dies war der Fokus in diesem Jahr, und deswegen stand es auch bei uns im Mittelpunkt.

Was tun wir, um auch andere Staaten mit zu unterstützen? Natürlich haben wir von Anfang an gesehen, dass es im Rückblick ja um die Weiterentwicklung der Millenniumsziele ging. Die Industrieländer waren ja nie im Boot. Die Entwicklungsländer hatten Angst, dass wir dann nachher sagen, das könnt ihr alles nicht, ihr seid nicht vorbereitet. Deswegen haben wir sehr früh angefangen, insbesondere Entwicklungsländer zu unterstützen und es gibt die sogenannten „Partners for Review“, es gibt Workshops. Wir stehen da parat neben dem, was wir mit unseren Projekten unterstützen, sei es bei der internationalen Klimaschutzinitiative oder anderen Projekten.

Zum Thema „Wald“ will ich gerade noch mal kommen und da ist „Bonn Challenge“, – wie gesagt, – wirklich eine Erfolgsstory. Was tun wir oder was kann man da noch mehr tun und wie sieht es bezüglich der Treibhausgase aus? Hier ist es besser, das Ganze noch mal international zu thematisieren. Wir haben eine historische Verantwortung, weil es schon in dem ganzen Agenda 2030-Prozess ja darauf angelegt ist, dass wir so nicht weiter konsumieren und produzieren können, wenn die Entwicklungsländer und die Schwellenländer so leben, konsumieren und produzieren so wie wir das gerade tun – sonst brauchen wir zwei Erden. Deswegen haben wir auch eine Verpflichtung, dass wir diesen Markt – immer technologieoffen – auch nutzen, mit

Innovationen entsprechend voranzukommen. Das heißt, wir können ja nicht einfach so weiter machen und sagen, „Jetzt ist es halt günstiger, Wald zu pflanzen.“ sondern wir brauchen diese Technologien und Innovationen in Zukunft auch für die Entwicklungs- und Schwellenländer. Ich glaube, dass es wichtig, das im Gesamtzusammenhang zu sehen.

Zu der Kritik und dem Appell an eine weltweite Beschleunigung der Umsetzung der SDGs und wo hier der Beitrag der Bundesregierung ist. Wir haben zusammen mit dem UNEP (UN Environment Programm) auch die Initiative „GO for SDGs“ gestartet. Das soll mit einem regionalen Ansatz und durch die Einrichtung von „Sustainability Hubs“ die Umsetzung der 2030-Agenda beschleunigen, insbesondere natürlich aus dem BMU heraus, mit dem Blick auf umwelt- und klimarelevante SDGs in Entwicklungs- und Schwellenländern. Und diese Initiative konzentriert sich insbesondere auf die Bereiche nachhaltigeres und umweltverträglicheres Konsumverhalten.

Nach den ersten vier Jahren seit der Verabschiedung muss man natürlich sagen, es ist ein total neuer Prozess. Es hat sich jetzt gezeigt, dass alle ehrgeizig waren, die Berichte vorzustellen. Wie Herr Marschall es sagt, ist der Prozess an und für sich schon ein guter Prozess. Deutschland hat eine klare Zielsetzung. Wir werden entsprechend der Kritik auch durch die Schattenberichte unsere nationale deutsche Nachhaltigkeitsstrategie entsprechend anpassen. Das aktuellste Beispiel bei den SDGs ist SDG 13 (Klimaschutz). Ich glaube, es ist wichtig, nochmal drauf hinzuweisen, dass wir mit dem Klimaschutzgesetz und dem Klimaschutzprogramm ja auch noch mal ein deutliches Signal gesetzt haben. Bei all der Kritik, bin ich mir sicher, dass wir es noch besser können und wir es noch besser machen werden beim Peer Review und auch in der Kommunikation. Aber ich glaube, insgesamt und international gesehen braucht sich Deutschland nicht zu verstecken.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen Dank und jetzt Maria Flachsbarth.

**Dr. Maria Flachsbarth** (Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Ganz kurz noch Ergänzungen zu der einen oder anderen Frage. Ich beginne mal mit den Fragestellern aus dem Parlament.



Lieber Matern von Marschall, Rita Schwarzelühr-Sutter hat es gerade gesagt – Stichwort „Partners for Review“: Das ist tatsächlich unser Instrument. Da treffen sich etwas mehr als 50 Länder zweimal im Jahr, um diese Berichte letztendlich vorzubereiten – das nächste Mal im November in Vietnam gemeinsam mit den Vereinten Nationen. Wie gesagt, wir sind gerade auch in diesem HLPF-Prozess dabei, dass wir da noch mal mehr konkretisieren, dass diese Berichte wirkliche Berichte werden und dann dabei helfen, die Schattenberichte zu integrieren, die z. B. aus der Zivilgesellschaft kommen, um am Ende tatsächlich problembewusstere Berichte zu erhalten.

In Bezug auf das Thema „Wald“ teile ich die Einschätzung. Herr von Gemmingen hat mir gerade zugerufen, dass ungefähr 25 Prozent des deutschen Minderungsvolumens kompensiert werden über unsere Aktivitäten in diesem Bereich. Zwei Milliarden Euro, die wir in internationalen Waldschutz und in Wiederaufforstung und Bodenerdüchtigung insgesamt investieren. Ich glaube, das ist ein nennenswerter Umfang. Das heißt jetzt nicht, dass wir zu Hause nichts mehr machen müssen, aber ich glaube, wir helfen da tatsächlich international an der richtigen Stelle.

Liebe Frau Scheer, Sie sagten, das größte und oberste Ziel müsste es doch sein, die Abhängigkeit von fossilen Ressourcen zu beenden. Frau Scheer ist anscheinend gerade weg? Das ist tatsächlich richtig, daran arbeiten wir. Man sieht es z. B. bei der Frage von „Hermesbürgschaften“. Diese gibt es nicht mehr für fossile Kraftwerke. Aber auch Erfolge, die wir haben, mit der AfDB (African Development Bank), der afrikanischen Entwicklungsbank, die in Zukunft keine fossilen Kraftwerke mehr unterstützen wird. Das ist ein zäher, zäher Prozess. Ich will einfach nur sagen, eine meiner ersten internationalen Erfahrungen war, als ich mich mit der nigerianischen Finanzministerin ganz fürchterlich „gezofft“ habe, weil ich ihr erklären wollte, dass es vielleicht keine gute Idee sei, Kohlekraftwerke neu zu bauen. Sie kritisiert nicht nur, wie wir das hier sehen aus deutscher Perspektive, sondern die sagt mir: „Pass mal auf, Du bist postkolonialistisch, Ihr habt Euren Wohlstand. Und Ihr sagt uns, wir dürften das nicht tun. Woher nehmt Ihr eigentlich das Recht?“ Übrigens auch den Wohlstand der jungen Generation, wenn

ich das mal sagen darf, aufgebaut auf „karbonhaltiger Wirtschaft“. Und das sind Diskussionen, die man international tatsächlich durchhalten muss und wo man wirklich schauen muss, dass man sowohl bei Akzeptanz der Souveränität von Ländern aber auch über das Zeigen, dass es geht, überzeugt. Das ist die Rolle Deutschlands, die wir wahrnehmen müssen. Wir müssen zeigen, dass es geht: Auf der einen Seite Wohlstand, soziale Wohlfahrt und auf der anderen Seite tatsächlich auch Klimaziele einhalten.

Herr Dr. Kraft, Sie haben mich gefragt, warum wir da irgendwelche Ziele verschieben. Tun wir ehrlich gesagt nicht, weil alle 17 Ziele gleichwertig sind. Das fängt tatsächlich an mit „Armut bekämpfen“, aber letztendlich stehen die 17 Ziele gleichberechtigt nebeneinander. Mit der Bekämpfung von Klimawandel, mit der Bekämpfung von Auswirkungen des Klimawandels, bekämpfen wir im Detail Armut. In Folge dessen sehen Sie Menschen, die auf ihren Feldern nichts mehr ernten können, Menschen, die wegziehen müssen aus ihren Gegenden, weil sie keine Wasserversorgung haben. Menschen, die wegziehen müssen, weil Stürme ihre Wohngegend verwüsten oder weil diese überflutet werden. Die fallen der Armut anheim, und zwar ziemlich zügig. Wenn wir Klimawandel und die Folgen von Klimawandel bekämpfen, dann bekämpfen wir auch Armut bzw. die Entstehung von Armut.

Herr Prof. Neumann, wir sind sehr bei Ihnen, wenn wir sagen, dass natürlich auch das Individuum Verantwortung tragen muss. Überhaupt gar keine Frage, aber Staaten eben auch. Das geht tatsächlich nur im Zusammenwirken. Das wird man in unserer SDG-Kampagne dann auch letztendlich sehr, sehr gut sehen.

Und lieber Herr Zickenheiner, ob denn der Parlamentarische Beirat ein Beirat ist oder ein Ausschuss, entscheidet glücklicherweise das Parlament und nicht die Bundesregierung. Da würde ich den Ball elegant an Sie zurückspielen. Wenn Sie gesagt haben, wir sollen uns doch jetzt endlich mal auf den Weg machen und ein bisschen in die Umsetzung gehen, darf ich es einfach noch mal wiederholen. Vielleicht war es eben zu sehr zerfasert, was ich gesagt habe: Wir werden in den Klimaschutz vier Milliarden Euro investieren, in den Wald zwei Milliarden Euro plus 200 Milliarden





Euro in das Projekt „Pro Green“. Wir sind im Bereich GFATM (Globaler Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria) mit einer Milliarde unterwegs, im Bereich Gesundheit mit 600 Millionen Euro. Ich glaube, die SDG-Kampagne habe ich eben genannt, die nationale Nachhaltigkeitsstrategie und dann auch noch mal das Klimapakete. Also, ich glaube, da sind eine ganze Menge Dinge unterwegs, über schöne Worte hinaus und unterlegt mit wirklich viel, viel Geld und guten Projekten, und deshalb glaube ich, dass wir da tatsächlich auf einem guten Weg sind.

Die Frau Bundeskanzlerin, die Kollegin sagte es bereits, ist dann allein aus zeitlichen, aus terminlichen Gründen so getaktet gewesen, dass sie zurückfliegen musste. Ich will aber daran erinnern, dass sie beim Klimagipfel gesprochen hat und dass sie darüber hinaus die Universal Health Care-Veranstaltung persönlich auf den Weg gebracht hat. Ich glaube, dass sind auch zwei wichtige Events, die natürlich insgesamt auch die Erreichung der SDGs fördern. Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Herzlichen Dank auch von meiner Seite. Wir sind natürlich als Beirat selbstbewusst und sind gerade ja auch selber an der Weiterentwicklung des Beirates dran und wollen uns da auch nicht kleiner machen als wir sind. Und jetzt möchte ich aber trotzdem noch die Gelegenheit nutzen, dass unsere Jugenddelegierten kurz noch abschließend antworten auf die Fragen, wenn sie was zu sagen haben. Wie gesagt, auch in der gebotenen zeitlichen Kürze. Ich habe schon viel Kopfnicken gesehen, aber vielleicht auch nicht nur. Also, die abschließenden Worte wollen wir dann unseren Gästen noch überlassen.

**Rebecca Freitag** (Jugenddelegierte für Nachhaltige Entwicklung): Ich würde gerne noch etwas sagen zum Thema „Rolle des Individuums“ und „Rolle des Staates“. Herr von Marschall, Sie haben gesagt, Sie waren nicht im Entstehungsprozess der 2030-Agenda mit dabei, also generell Sie als Parlamentarier. Ich kann Ihnen sagen, wir als junge Menschen auch nicht. Der Unterschied ist, dass Sie jetzt in der Regierung sind und somit auch die Verantwortung innerhalb ihrer Partei dafür übernehmen. Und was ich noch mal sagen möchte, ist, dass ich merke, dass besonders auch wir jungen Menschen versuchen, schon so nachhaltig wie

möglich in unserem Alltag zu leben, sei es in unserer Art, wie wir uns fortbewegen, wie wir uns ernähren, wie wir konsumieren, wie wir sprechen. Aber wir kommen an unsere Grenzen. Und es ist in vielen Bereichen einfach nicht möglich, nachhaltig zu leben. Und ich glaube, dass es hier einfach die Rolle des Staates ist zu sagen: – Erstens, wir machen es möglich und Zweitens sollte es dann nicht irgendwie anstrengender oder teurer sein, nachhaltig zu leben, sondern genau andersrum.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Herzlichen Dank und jetzt noch der Felix Kaminski.

**Felix Kaminski** (Jugenddelegierter für Nachhaltige Entwicklung): Vielen Dank. Ich kann da meiner Kollegin nur zustimmen. Also, der Staat ist dafür verantwortlich, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass es für uns auch möglich ist, eben einen nachhaltigen Lebensstil zu führen, der das erstrebenswerteste Lebensziel dann auch ist. Um auch noch mal inhaltlich darauf einzugehen: Ich glaube, dass das durchaus richtig ist, was auch die Parlamentarische Staatssekretärin Frau Flachsbarth noch mal gesagt hat, dass unser Wohlstand natürlich auch darauf basiert, dass wir diese Erde ausgebeutet haben, wir natürlich deswegen aber verpflichtet sind zu zeigen, dass es dennoch geht. Und die Frage ist halt, ob wir das im ausreichenden Maße tun oder nicht, wenn ich beispielsweise an die Energiewende denke. Ich studiere „Erneuerbare Energien“ im Master. Also, ich hoffe, dass ich irgendwann mal Ingenieur-Profi genug sein werde, um mich zu dem Thema äußern zu dürfen. Aber grundsätzlich ist das ja durchaus richtig mit den CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten, dass wir die vielleicht anpassen, wenn wir da entsprechend Wald aufforsten. Aber wir kommen halt nicht von den großen fossilen Emissionen in Deutschland runter und das, obwohl wir eigentlich die Möglichkeiten dazu hätten, weil beispielsweise die Kostendegression bei Photovoltaik, bei Windkraft, runtergeht. Was momentan in Deutschland passiert, ist eben das genaue Gegenteil bei der Windkraft. Da werden die Jobs gerade zerstört, die Windenergieindustrie in Deutschland geht kaputt. Die Leute, die mit mir denselben Studiengang studieren, die machen viel Thermodynamik und Luftströmung, die gehen halt lieber jetzt in die Flugindustrie anstatt Windräder zu bauen.



Und das ist an dieser Stelle doch genau die falsche Entwicklung, und der Staat ist dafür verantwortlich, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass wir eben zu einem nachhaltigeren Deutschland kommen. Und das ist noch mal unser Appell. Wir hoffen, dass das auch vorhin stark genug rüber kam. Natürlich sind wir da mit unseren Kolleginnen und Kollegen einer Meinung, dass die Staaten eben nicht genug tun und dass die Staats- und Regierungschefs da scheitern. Und in dieser Ausdrücklichkeit möchten wir das auch am zum Ende noch einmal so sagen.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):** Vielen herzlichen Dank an all unsere Gäste für diese lebhaftige Diskussion, auch für die Schilderung der Eindrücke, aber auch für die Schilderung, was regierungsseitig insgesamt getan wird. Wir werden

die Diskussion sicher fortsetzen. Es kann zu so einem umfassenden Thema natürlich nicht alles abschließend geklärt werden, aber zunächst mal wollen wir es dabei belassen. Ich bedanke mich bei unseren Gästen, aber auch bei den Zuschauern, bei den Gästen von extern, und wenn ich da in die Reihen schaue, dann sind die ja auch alle relativ jung. Das ist nicht immer so bei uns in Beiratssitzungen. Es liegt vielleicht auch an den Jugenddelegierten. Auch in dem Sinne noch herzlichen Dank und ich schließe jetzt die Beiratssitzung, bitte aber alle Beiratsmitglieder, noch ganz kurz dazubleiben, um die formale Sitzung dann im Anschluss noch abzuhalten. Dankeschön.

Schluss der Sitzung: 18:45 Uhr

Dr. Andreas Lenz, MdB  
**Vorsitzender**